

Berliner Börsen-Zeitung.

Dieses Blatt erscheint ohne Ausnahme täglich zweimal.

Abonnements-Preis:
vierteljährl. für Berlin 3 Thlr. 15 Sgr.,
für ganz Preussen 3 Thlr., für ganz
Deutschland 3 Thlr. 15 Sgr.

Insertions-Gebühr:
für die dreigespaltene Zeile 2 Sgr.

Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition der Börsen-Zeitung und alle Zeitungs-Spediteure.

Als **Gratis-Beilagen** erscheinen:
Der Börsen-Courier,
ein tabellarisches Uebersichtsblatt,
Donnerstag Abend;
Allgemeine Verkehrs-Tabelle,
je nach Massgabe des Stoffs;
Die Kunst des Lebens,
ein feuilletonistisches Beiblatt,
Sonntags früh.

Die einzelne Nummer kostet 2 1/2 Sgr.

Expedition der Börsen-Zeitung: **Charlottenstrasse No. 28.** (Ecke der Kronenstrasse). — Annahme der Inserate: **in der Expedition.**

Telegraphische Depeschen.

München, 16. September. (A. A. Z.) Vergangene Nacht ist das Eisenhandlungshaus Rosenlehner am Karlsthor durch Explosion vorhandenen Pulvers in die Luft geflogen. Von den Einwohnern sind vier todt, einer noch vermisst, wahrscheinlich todt; zwei schwer verletzt.

Bern, 16. September. (A. A. Z.) Die Waadtländische Regierung leistet keinen offenen Widerstand, beharrt aber auf ihren Ansichten, und wird an die Bundesversammlung appelliren. Sie hat die bezüglichen Verhandlungen mit dem Bundesrath den übrigen Kantonsregierungen mitgetheilt.

Paris, 16. September. (Nord.) Ein heute aus Madrid angekommener Brief meldet, dass das Cabinet Narvaez in voller Auflösung begriffen ist; die Frage über die Zurückberufung des General-Gouverneurs von Cuba, Gen. Concha, brachte die schon lange drohende Crisis zum Ausbruche. Die Königin weigerte sich, ihren Ministern diese Genehmigung zu gewähren. Man versichert, dass das Ministerium entschlossen ist, seine Entlassung zu nehmen. Auf der andern Seite bezeichnet man den Admiral Amaro als den, welcher den Auftrag erhalten werde, unter Mitwirkung des Hrn. Mon und der Vicararisten ein neues Cabinet zu bilden. Hr. Martinez de la Rosa oder Hr. Isturitz werde die Raths-Präsidentschaft übernehmen.

Madrid, 15. September. (A. H.) Die „Hojas“ theilen mit, dass der Prinz von Oranien gestern in Madrid eintraf. — Die Königin nahm die vom Cabinet eingereichte Abdankung nicht an.

Konstantinopel, 13. September. (Pays.) Ahmed-Fethi-Pascha hat seinen Posten als Grossmeister der Artillerie verloren, und ist durch Barbazouf-Pascha ersetzt worden. — Bekanntlich übte Fethi-Pascha, Schwager des Sultans, seit einer Reihe von Jahren grossen Einfluss auf S. M. Abdul-Medjid aus.

London, 16. September. (A. H.) Die „Morning Post“ widerspricht dem Gerüchte betreffs einer Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Neapel, da sich seit Abreise der Gesandten Frankreichs und Englands in dieser Beziehung nichts geändert habe.

London, 17. September, Nachmittags. (W. T. B.) Eine offizielle Depesche mit Nachrichten aus Indien meldet, dass Lord Elgin mit sechshundert Mann aus Hongkong in Calcutta eingetroffen sei. Die Entsetzung Agras ist fehlgeschlagen, der Verlust der Engländer hierbei war bedeutend. General Outram ist zum Commandeur der Divisionen Dinapore und Cawnpore ernannt worden. General Havelock ist durch die Cholera am weitern Vorrücken gehindert worden und wollte zuvörderst Verstärkungen abwarten. Der Verlust der Engländer in der Schlacht bei Agra betrug 200 Mann.

Unsere heutige Post.

— Wir kommen noch einmal mit wenigen Worten auf die vielbesprochene Absicht des Herrn Handelsministers von der Heydt, von seinem wichtigen Posten zurückzutreten, zurück, um die thatsächliche Momente dieser Phase, die hoffentlich als überwunden anzusehen ist, zu recapituliren. Es ist jetzt 10 Tage her, dass der Herr Minister von der Heydt Se. Maj. den König in formeller Weise um seine Entlassung unter Angabe der ganz bestimmten Gründe, die ihn dazu bestimmten, bat; es liegt seit zwei Tagen die Gewissheit vor, dass der König diese Entlassung nicht bewilligt hat, indem er dabei die grossen Verdienste des Herrn von der Heydt in ehrender Weise anerkannte. Die Gründe, zum die es sich bei dem Entlassungsgesuch handelte, werden sich ergeben, wenn wir zunächst bemerken, dass eine entschiedene Verschiedenheit der Ansichten zwischen dem Herrn Minister-Präsidenten und dem Herrn Handelsminister über die künftige oberste Organisation der zum Handelsministerium gehörenden Verwaltungszweige obwaltete. Es lag in der Absicht und es war dem Herrn von der Heydt bereits davon Kenntniss gegeben worden, die oberste Leitung des Eisenbahnwesens, des Bergbaues und der Post gänzlich von dem Handelsministerium zu trennen, da ja diese Zweige sich zu einer so bedeutenden Ausdehnung erweitert hätten, dass eine selbstständige Oberleitung unter einem technischen Vorsteher angemessen erschiene. Es lag ferner in der Absicht, die bei dem Eisenbahnwesen und speciell durch die Eisenbahnsteuer erzielten Ueberschüsse, die bekanntlich zum allmählichen Ankauf der verschiedenen Eisenbahnactien verwendet werden, den allgemeinen Staatseinnahmen zufliessen zu lassen. Zu diesen beiden Absichten versagte der Herr Handelsminister in bestimmtester Weise seine Zustimmung und bat eben für den Fall, dass auf deren

Ausführung bestanden würde, um seine Entlassung. Daraus, dass Se. Majestät diese nicht bewilligt, dürfen wir wohl hoffentlich auch den Schluss ziehen, dass diese Pläne selber für jetzt aufgegeben sind, wiewohl man dieselben als die Anzeichen vorhandener und wohl nur vertagter Absichten und Angesichts der bevorstehenden Arbeiten der Finanzcommission selbst im Auge wird behalten müssen. Wir wollen Betreffs dieser Commission hier auch noch gleich bemerken, dass die Vorarbeiten für deren Zusammentritt völlig ohne Mitwirkung des Herrn von der Heydt gemacht worden wären, dass aber jetzt durch Ernennung des dem Herrn Handelsminister besonders nahe stehenden Geh. Ober-Regierungsraths Delbrück zum Staatsrath und zum Mitgliede dieser Finanzcommission eine Garantie gegeben worden ist, dass auch die Interessen der vom Handelsministerium ressortirenden Verwaltungszweige bei den in Rede stehenden Beratungen werden gewahrt werden. Wollte die Pläne, deren Vorhandensein wir oben andeuten, sich noch weiter erstrecken, und wie z. B. auch die Stellung des gegenwärtigen landwirthschaftlichen Ministeriums und des Chefs desselben dabei concurrirt, darauf zurückzukommen dürften wir in nächster Zeit leicht noch Veranlassung haben.

— Ein durch den Hanseatischen Vertreter in Kopenhagen, Dr. Krüger, zwischen der Dänischen Regierung und der Stadt Hamburg abgeschlossener, jen Bau einer directen Eisenbahn von Hamburg nach Lübeck betreffender Vertrag ist, wie uns gemeldet wird, Behufs der Ratification in Hamburg eingetroffen.

— Die K. H. Z. leugnet zwar den officiösen Ursprung des von ihr gebrachten Artikels zur Vertheidigung des ungerechtfertigten Auftretens des Haupt-Bank-Directors gegen die in Preussen concessionirten Privatbanken in der Banknotenfrage; ihr neuester Artikel, den sie in der gleichen Angelegenheit gegen unsere ruhige Darlegung des Sachverhältnisses bringt, beweist jedoch in bestimmtester Weise, dass wir Recht hatten, denn eine solche Arroganz, allein das Richtige wissen zu wollen, wie sie sich in diesem Artikel ausspricht, deutet zu sehr auf den von uns angegebenen Ursprung der ganzen Vertheidigungsrede hin. Gegen einen solchen Grad von apostolischer Unfehlbarkeit sind alle Gründe vergebens, weshalb wir alle sehr nahe liegenden Gegenbemerkungen unterdrücken; inwiefern wir es dem Königsberger Kaufmannsstande überlassen, die durch diese Artikel erworbenen Verdienste des Blattes für Niederhaltung der Wirksamkeit der Preussischen Privatbanken in richtiger Weise zu würdigen.

⊙ **Thorn, 14. September.** In unserer Stadt und nach übereinstimmenden Nachrichten auch an anderen Orten der Provinz macht sich ein anfallender Mangel an Silbergeld und an kleineren Kassenscheinen bemerkbar. Grössere Noten von der Preussischen Bank und anderen concessionirten Instituten, die in den Besitz des wohlhabenderen Privatpublicums vielfach übergegangen, eignen sich für den gewöhnlichen täglichen Verkehr bekanntlich nicht und namentlich an Markttagen gerathen die Händler nicht selten in arge Verlegenheiten, wenn sie auf Noten zu 10 \mathcal{R} oder noch höheren herausgeben sollen. Es ist wünschenswerth, dass die Regierung diesem Mangel an kleinem Gelde ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden möge. — Bekanntlich ist schon vor einiger Zeit von der Stadtverordneten-Versammlung eine Commission erwählt worden, welche die Angelegenheit der Erbauung einer neuen Brücke zu prüfen hat. Aus den Vorschlägen, welche jetzt aus dem Schoosse dieses Comité's hervorgegangen sind, erhellt, dass man am liebsten es dem Staate überlassen würde, eine feste Brücke bauen zu lassen; für diesen Fall schlägt die Commission vor, eine Summe von 120,000 \mathcal{R} als Beitrag für den Bau zu offeriren und hieran nun die Bedingung zu knüpfen, dass der Bau im Verlaufe zweier Jahre zu beginnen habe. Ausserdem soll das Handelsministerium darauf aufmerksam gemacht werden, dass die Kreise Thorn und Strassburg bereit sein möchten, für das auch ihnen nützliche Werk gleichfalls Zuschüsse zu leisten. Die Stadt würde selbst den Bau übernehmen, falls der Staat nicht auf diese Offerte einzugehen geneigt sein sollte; sie beansprucht indess dann ein zinsfreies Darlehen auf 5 Jahre von 20,000 \mathcal{R} , um zugleich mit der Fertiglegung der Bromberg-Thorner Bahnstrecke eine feste Pfahlbrücke erbauen zu können. Um indess einermassen das von der Stadt auf den Bau zu verwendende Anlage-Capital verzinst zu sehen, knüpft die Commission in ihrem Antrage den Bau selbst an die Bedingung, dass nach wie vor die Durchlassgelder erhoben würden und die Militär- und Postbehörden die Verpflichtung übernehmen, für Benutzung der Brücke jährlich 2000 \mathcal{R} zu zahlen.

△ **Köln, 16. September.** Wohl in keiner Stadt ist man den Mittheilungen Ihres Wiener Correspondenten über die zukünftige Zulassung auswärtiger Versicherungs-Gesellschaften in Oesterreich aufmerkamer gefolgt, als gerade bei uns, und zwar aus dem Grunde, weil die hiesige Lebensversicherungs-Gesellschaft „Concordia“, wie ich Ihnen das bereits früher mitgetheilt habe, schon seit Jahr und Tag um dieses Zugeständniss nachsucht. Wenn auch der Zoll- und Handelsvertrag von 1853 in Betreff der Verkehrsverhältnisse eine Einheit unter mehreren Deutschen Staaten und dem Oesterreichischen Kaiserstaat herbeigeführt hat, und die meisten dortigen Handelskammern sich für die Aufhebung der bis jetzt bestandenen Beschränkung ausgesprochen haben, so scheint man doch an betreffender Stelle nicht gewillt zu sein, schon so bald zur Verständigung über das Princip der gegenseitigen Zulassung die geeigneten Schritte einzuleiten zu wollen. Wenigstens deutet darauf das Resultat der Bemühungen unserer Concordia hin, deren Direction es bekanntlich an Energie nicht fehlt und die bereits die Concession in Bayern erlangt hat. Was die Thätigkeit der in Rede stehenden Gesellschaft anbetrifft, so ist dieselbe momentan mit der Organisation in Bayern beschäftigt und bestrebt, ihren Geschäftskreis immermehr zu erweitern. Dazu sind zwar die Sommermonate, in welchen die Agenten mit Feuer- und Hagelversicherungsgeschäften zu viel zu thun haben, nicht angethan und wenn sich auch bei einzelnen Contis während der abgelaufenen Monate ein Aufschwung herausgestellt hat, so wird man doch eine durchgreifende Besserung erst in der kommenden Zeit erwarten dürfen. — Einige Zeit nach der Gründung der hier projectirten Land-Credit-Gesellschaft machte in verschiedenen Zeitungen das Gerücht auf, dass die Concession oder doch mindestens die Befugnis zur Veranschlagung von Noten definitiv versagt worden sei. Obgleich ich schon damals auf die Unbegründetheit dieses Gerüchtes hinwies, so muss ich doch heute nochmals darauf zurückkommen, weil meine Behauptung in der vor einigen Tagen stattgefundenen General-Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins ihre Bestätigung gefunden und der Verein beschlossen hat, einem solchen Gesuche nochmals Ausdruck zu geben.

** **Bremen, 16. September.** In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft kam auch die Einführung einer Besteuerung der regelmässigen Besucher der Börse zum Zweck der Aufbringung eines Kapitals zur Dotirung resp. Amortisirung einer demnächstigen Anleihe für den Börsenbau zur Beratung. Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Gesetzentwurf, jedoch mit der Modification, dass sub 4 des Entwurfs die Bürgerschaft ihre verfassungsmässigen Rechte dahin gewahrt wissen will, dass nach Ablauf des festgesetzten Bestehens der Steuer auch sie über die fernere Verwendung ihre Mitgenehmigung zu ertheilen habe. Hinsichtlich der Bestimmungen in Betreff der in Bremen geltenden Goldmünzen erklärte die Bürgerschaft sich mit dem vorgelegten Gesetz (wonach die in den Staaten des Zollvereins und Oesterreich jetzt in Umlauf kommenden Kronen und halben Kronen zum Cours von 1/2 Krone = 4 \mathcal{R} 14 1/2 gGr. Gold, 1 Krone = 8 \mathcal{R} 28 1/2 gGr. Gold, in Bremen als gesetzliches Zahlungsmittel angenommen wird, und derjenige, welcher sich der Kronen bedient, auch für die zur Ausgleichung nötige Scheidemünze sorgen muss) einverstanden und wünscht, dass dasselbe mit dem 1. October d. J. in Kraft trete. Sodann genehmigte sie den Freundschafts- und Handelsvertrag mit Persien, und wünschte dessen baldige Ratification. Der vorgeschrittenen Tageszeit halber setzte sodann die Bürgerschaft ihre Erklärung über die Gegenstände sub 5, 6, 8, 9 der Tagesordnung: Commissionsbericht wegen Benutzung der Elmsufer; Commissionsbericht wegen Verlegung der Umziehezeit und der Zeit für Dienstbotenwechsel; Antrag, betreffend Gewerbefreiheit; Antrag wegen Errichtung einer allgemeinen Wittwenkasse, aus und schritt schliesslich zur Ergänzungswahl der Eisenbahndeputation.

— **Leipzig, 16. September.** Zu der auf heute hier anberaumten constituirenden Generalversammlung der Sächsischen Steinkohlen-Compagnie hatten sich im Ganzen 44 Actionäre eingefunden, die zusammen 3560 Actien mit 278 Stimmen vertraten. Nachdem der Vorsitzende einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung des ganzen Unternehmens gegeben und dabei namentlich darauf hingewiesen hatte, dass das von den Unternehmern erkaufte Oberhugwitzer Areal den grössten bisher in Sachsen zum Kohlenabbau erworbenen Complex bilde (das Areal umfasst 3145 Dresdener Scheffel à 150 \square R.) und dass durch die neuerdings von dem Grüner Steinkohlenbau-Ver-